

Pressemitteilungen von GREEN CROSS Schweiz

Pressemitteilung vom 4. Oktober 2000:

„Förderung der weltweiten Chemiewaffenabrüstung“

Nationalrat Rudolf Imhof und Ständerat Pierre Paupe reichten, als Stellvertreter der parlamentarischen Gruppe von Green Cross, am 4. Oktober 2000 zwei gleichlautende Motion zur Förderung der weltweiten Chemiewaffenabrüstung ein.

Mit zwei gleichlautenden, heute von Nationalrat Rudolf Imhof und Ständerat Pierre Paupe sowie insgesamt 218 mitunterzeichnenden Parlamentarierinnen und Parlamentariern eingereichten Motionen wird der Bundesrat ersucht, in einer Botschaft Vorschläge für aktive Beiträge der Schweiz zur Förderung der weltweiten Chemiewaffenabrüstung zu unterbreiten. Die verschiedenen aussen- und sicherheitspolitischen Instrumente seien komplementär und koordiniert im Sinne einer Gesamtpolitik einzusetzen. Im Vordergrund habe dabei die eigentliche Chemiewaffenvernichtung zu stehen, wobei alle Optionen, von Initiativen für ein verstärktes Engagement der internationalen Gemeinschaft über vertrauensbildende Massnahmen bis hin zur Teilnahme an Projekten der Katastrophenprävention und der technischen Zusammenarbeit in Gebieten mit Chemiewaffenlagern, geprüft werden sollen. Diverse NGOs, Wirtschaft und Bundesexperten sind als Instrumente für diese Umsetzung einzusetzen.

Mit den beiden parlamentarischen Vorstössen soll ein Beitrag zur wirksamen Durchsetzung des internationalen Chemiewaffenübereinkommens (Chemical Weapons Convention, CWC) geleistet werden. Die 1997 in Kraft getretene und bis heute von 139 Staaten ratifizierte CWC regelt die Vernichtung von Chemiewaffen und bezweckt, den weltweiten Handel mit chemischen Grundstoffen von C-Waffen sowie die Neuproduktion von Chemiewaffen zu verhindern. Die CWC enthält verschiedene innovative Elemente bezüglich der Kontrolle der Vertragseinhaltung und hat damit eine Vorreiterfunktion im Abrüstungsbereich. Ein Scheitern der CWC bedeutete darum einen Rückschlag für andere globale Abrüstungsverträge und entwertete bisherige diplomatische, finanzielle und personelle Anstrengungen der Schweiz auf diesem Gebiet. Mit dem Weiterbestehen von Chemiewaffenlagern bleibt auch das Risiko von Katastrophen mit vielen Toten und massiver Umweltzerstörung, aber auch eines Missbrauchs von Chemiewaffen für Terror, Erpressung oder in einem Regionalkonflikt würde entsprechend zunehmen. Die Chemiewaffenvernichtung verdient deshalb in den schweizerischen Bemühungen zur internationalen Abrüstung und Erhöhung von globaler Sicherheit und Stabilität hohe Priorität.

Parlamentarische Gruppe Green Cross Schweiz



Rudolf Imhof, Präsident



Pierre Paupe, Mitglied

Für Rückfragen:

Rudolf Imhof
Präsident der Green Cross Parlamentsgruppe
Tel 079 322 14 94 Tel 031 322 99 11 (vormittags)

Pierre Paupe
Mitglied der Green Cross Parlamentsgruppe
Tel 031 322 99 11 (vormittags)
Tel 031 322 99 04 (nachmittags)

Beilagen:

- Motion Imhof "Beitrag der Schweiz zur weltweiten Chemiewaffenabrüstung"
- Motion Paupe „Promouvoir la destruction des armes chimiques à l'échelle planétaire"
- Mitgliederliste Parlamentarische Gruppe Green Cross Schweiz

Motion Rudolf Imhof 4. Oktober 2000

Förderung der weltweiten Chemiewaffenabrüstung

Wir ersuchen den Bundesrat, den Eidgenössischen Räten eine Botschaft zu unterbreiten, in welcher eine Gesamtpolitik sowie aktive Beiträge der Schweiz zur Förderung der weltweiten Chemiewaffenabrüstung dargelegt sind und zu welcher ein Finanzrahmen beschlossen werden kann. Die verschiedenen Instrumente der Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik sollen dazu komplementär und gut koordiniert eingesetzt werden. Der Finanzrahmen soll sich am Schlüssel des Schweizer Lastenanteils (2%) am Engagement aller Länder in der internationalen Zusammenarbeit orientieren.

Bei der Erarbeitung einer Gesamtpolitik sollen die Erfahrungen anderer internationaler Unterstützungsprogramme für Chemiewaffenabrüstung berücksichtigt werden.

Aktive Beiträge der Schweiz sollen die eigentliche Chemiewaffenvernichtung fördern, wobei alle Optionen zu evaluieren sind; von Initiativen, die auf ein verstärktes Engagement der internationalen Gemeinschaft zielen, über vertrauensbildende Massnahmen, bis hin zur Teilnahme an konkreten Projekten zur Vernichtung von Chemiewaffen.

Unterstützung kann in verschiedenen Formen gewährt werden; durch bilaterale Verträge, Kooperation in multilateralen Gemeinschaftsprogrammen, und durch Projekte der Katastrophenprävention und der Technischen Zusammenarbeit in Gebieten mit Chemiewaffenlagern, ausgeführt durch Wirtschaftsunternehmen, NGOs und Spezialisten von Bund und Verwaltung. Ein Monitoring der Aktivitäten durch eine unabhängige Stelle ist zu gewährleisten.

Begründung

Nach jahrzehntelangen Verhandlungen trat am 29. April 1997 das Chemiewaffenübereinkommen (Chemical Weapons Convention, CWC) in Kraft. Die CWC regelt die Vernichtung von Chemiewaffen und verhindert durch die weltweite Kontrolle des Handels mit gewissen Chemikalien sowie von Betrieben, welche diese Chemikalien verwenden, eine Neuproduktion von Chemiewaffen in militärisch relevanten Mengen. Die CWC enthält neue, innovative Elemente bezüglich der Kontrolle der Vertragseinhaltung und hat dadurch eine Vorbildfunktion für zukünftige Abrüstungsverträge für Massenvernichtungswaffen.

Obwohl die CWC bis heute von 139 Staaten ratifiziert wurde, geniesst die Umsetzung vor allem bei der Vernichtung der bestehenden Chemiewaffen keine politische Priorität. Die CWC ist dadurch in ihrer Substanz gefährdet.

Der grösste Besitzer von Chemiewaffen, Russland, wird ohne verstärkte internationale Unterstützung nicht in der Lage sein, seine Chemiewaffenlager innerhalb des vorgegebenen Zeitrahmens zu vernichten.

Gründe sind: die reine Grösse der Lagerbestände (40'000 t Kampfstoffe); die hohen Vernichtungskosten (5-10 Milliarden USD), die das Land, welches sich in einem tiefen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel befindet, nicht aufbringen kann; mit wenigen Ausnahmen eine bisher eher bescheidene ausländische Unterstützung; aber auch die ungenügende Thematisierung und Koordination der Chemiewaffenabrüstung in Russland.

Ein Scheitern des Chemiewaffenabrüstungsprozesses in Russland würde die Glaubwürdigkeit der CWC aushöhlen, und wäre damit indirekt auch ein Rückschlag für andere globale Abrüstungsverträge für Massenvernichtungswaffen. Die grossen diplomatischen, finanziellen und personellen Anstrengungen der Schweiz in den letzten zehn Jahren würden entwertet.

Mit dem Weiterbestehen des Chemiewaffen-Komplexes bleibt die Gefahr der Proliferation von Wissen und Waffen, was die internationale Sicherheit und Stabilität gefährdet.

Die grösste direkte Gefahr ist die Möglichkeit von Katastrophen in den bestehenden Lagerstätten:

Je länger die Lagerzeit, desto grösser das Risiko grosser Unfälle mit vielen Toten und massiver Umweltzerstörung; je länger mit der Vernichtung zugewartet wird, desto schwieriger und teurer wird diese. Die potentielle Gefahr eines Gebrauchs für Terror, Erpressung oder in einem Regionalkonflikt bleibt bestehen. Eine schnelle Chemiewaffenabrüstung ist deshalb die beste Katastrophenprävention und billiger als eine spätere Katastrophenbehebung. Da sich die Chemiewaffenvernichtung nicht auf eine reine Kostenfrage reduziert, sondern auch politische und gesellschaftliche Aspekte berührt, kann die Schweiz mit einem angemessenen Lastenanteil Schlüsselinitiativen anbieten, die entscheidende Prozesse auslösen. Die Chemiewaffenvernichtung sollte deshalb in den schweizerischen Bemühungen zur internationalen Abrüstung längerfristig hohe Priorität eingeräumt werden und im aussenpolitischen Handeln sichtbaren

Ausdruck erhalten.

Parlamentarische Gruppe GREEN CROSS von A – Z
119 Mitglieder (Stand 2.10.00)
98 Nationalräte
21 Ständeräte

Imhof Rudolf, NR, CVP
Präsident GC-Parlamentgruppe

Nationalrat

Aeschbacher, Ruedi, EVP
Antille Charles-Albert, FDP
Bader Elvira, CVP
Banga Boris, SP
Bangerter Käthi, FDP
Baumann-Bieri Stephanie, SP
Baumann J. Alexander, SVP
Baumann Ruedi, GP
Berberat Didier, PS *
Bosshard Walter, FDP
Bugnon, André, SVP
Cavalli Francesco, PS *
Chiffelle Pierre, PS *
Christen Yves, PRD *
DeDardel Jean-Nils, PS *
Dormann Rosmarie, CVP
Dupraz John, PRD *
Durrer Adalbert, CVP
Eberhard Toni, CVP
Egerszegi-Obrist Christine, FDP
Ehrler Melchior, CVP
Engelberger Edi, FDP
Eymann Christoph, Lib
Fässler Hildegard, SP
Fasel Hugo, CSP
Fattebert Jean, SVP
Fehr Jacqueline, SP
Fehr Lisbeth, SVP
Gadient Brigitta, SVP
Galli Remo, CVP
Genner Ruth, GP
Glasson Jean-Paul, FDP
Gonseth Ruth, GP
Grobet Christian, PS *
Gross Jost, SP
Gross Andreas, SP
Günter Paul, SP
Gutzwiller, Felix, FDP
Gysin Hans-Rudolf, FDP
Gysin Remo, SP
Hämmerle Andrea, SP
Heberlein Trix, FDP
Hegetschweiler Rolf, FDP
Heim Alex, CVP

Hess Peter, CVP
Hollenstein Pia, GP
Jossen Peter, SP
Jutzet Erwin, SP
Kurrus Paul, FDP
Lachat François, PDC *
Lauper Hubert, CVP
Leu Josef, CVP
Leuthard Hausin Doris, CVP
Maillard Pierre-Yves, SP
Mariétan Fernand, CVP
Maitre Jean-Philippe, PDC *
Marti Werner, SP
Maury-Pasquier Liliane, PS *
Meyer-Kälin Thérèse, PDC *
Mugny Patrice, GP
Müller Erich, FDP
Müller-Hemmi Vreni, SP
Nabholz-Haidegger Lili, FDP
Neiryneck Jaques, CVP
Pedrina, Fabio, SP
Pelli Fulvio, PRD *
Raggenbass Hansueli, CVP
Randegger Johannes, FDP
Rechsteiner Rudolf, SP
Rennwald Jean-Claude, SP
Riklin, Kathy, CVP
Robbiani Meinrado, CVP
Scheurer Rémy, Lib
Schmid Odilo, CVP
Schwaab Jean-Jaques, SP
Seiler Hanspeter, SVP
(Präsident des Nationalrates)
Siegrist, Ulrich, SVP
Spielmann Jean, PdA *
Stamm Luzi, FDP
Strahm Rudolf, SP
Stump Doris, SP
Suter Marc, FDP
Teuscher Franziska, GP
Thanei Anita, SP
Tillmanns Pierre, SP
Tschäppät Alexander, SP
Vermot-Mangold Ruth-Gaby, SP
Vollmer Peter, SP
Walker Felix, CVP
Weigelt Peter, FDP
Widmer Hans, SP
Widrig Hans Werner, CVP
Wiederkehr Roland, LdU
Wittenwiler Milli, FDP
Zapfl-Helbling Rosmarie, CVP
Zbinden Hans, SP
Zwygart Otto, EVP

Ständerat

Berli Christine, FDP
Béguelin Michel, PS*
Berger Michèle, FDP
Brunner Christiane, PS *
David Eugen, CVP
Epiney Simon, PDC*
Forster-Vannini Erika, FDP
Frick Bruno, CVP
Fünfschilling, Hans, FDP
Hess Hans, FDP
Hofmann Hans, SVP
Inderkum Hansheiri, CVP
Jenni This, SVP
Langenberger Christiane, PRD*
Leumann-Würsch Helen, FDP
Maissen Theo, CVP
Paupe, Pierre, CVP
Plattner Gian-Reto, SP
Schmid Samuel, SVP
Spoerry Vreni, FDP
Stadler, Hansruedi, CVP

GREEN CROSS SCHWEIZ 02.10.00//WB

Bericht der Sicherheitspolitischen Kommission vom 9. April 2001

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates hat an ihrer Sitzung vom 9. April 2001 die oben erwähnte Motion des Ständerates geprüft.

Diese am 4. Oktober 2000 von Ständerat Pierre Paupe eingereichte Motion beauftragt den Bundesrat, dem Parlament in einer Botschaft eine allgemeine Politik und konkrete Massnahmen der Schweiz zur Förderung der weltweiten Vernichtung chemischer Waffen darzulegen. Diese Massnahmen sollten bei Bedarf mit einem auf sechs bis acht Jahre verteilten Finanzrahmen von 20 bis 50 Millionen Franken ergänzt werden können.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 10 zu 9 Stimmen, die Motion zu überweisen.

Eine Minderheit (*Wasserfallen*, Bernasconi, Bugnon, Engelberger, Freund, Oehrli, Schliuer, Wittenwiler) beantragt, die Motion in einen Postulat umzuwandeln.

Im Namen der Kommission
Der Präsident: Boris Banga

[s. auch: Website des tes: www.parlament.ch](http://www.parlament.ch)

Weitere Infos bei:

GREEN CROSS Schweiz
Postfach, CH-8036 Zürich
Tel. 01 461 12 12 Fax 01 461 11 70
E-Mail: info@greencross.ch
Internet: <http://www.greencross.ch>

